



**TRANSPARENCY
INTERNATIONAL**
Deutschland e.V.

Die Koalition gegen Korruption.

Transparency International – Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44
D – 10119 Berlin

Regionalgruppe Ruhrgebiet
Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Str. 44
10119 Berlin
Email: rg-ruhr@transparency.de
office@transparency.de
www.transparency.de

Dortmund, den 22.07.2009

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2009

Name: Schnittker

Vorname: Karin

Partei/Wählergruppe: Deutsche Kommunistische Partei DKP

Stadt / Kreis: Essen

(Bitte ein X hinter die zutreffende Antwort machen)

1. Die nachhaltige Bekämpfung von Korruption in Politik, Verwaltung und städtischen Beteiligungsgesellschaften hat für uns in der kommenden Wahlperiode einen hohen Stellenwert.

Ja X

Nein

Wir sind angetreten unter dem Motto: „Für ein gläsernes Rathaus, wir zeigen draußen, was drinnen vorgeht“.

2. Wir sind dafür, dass die Kommune klare, einheitliche Regeln zur Gewährung und Annahme von Geschenken, Bewirtungen und sonstigen Einladungen sowie zum Sponsoring aufstellt und praktiziert.

Ja X

Nein

Wir haben öffentlich Fragen gestellt über die Kostenübernahme für Geburtstage von Ratsvertretern und Auslandsreisen von Ratsmitgliedern. Damit haben wir erreicht,

dass der Rat endlich einen Kodex für Mandatsträger für solche Situationen entwickelt hat.

Für uns selbst haben wir in unserem Wahlprogramm folgende Festlegung getroffen:

„Wir werden alle Bezüge, die wir im Zusammenhang mit Mandaten erhalten, vor den Wählern offen legen und diese nur für die Arbeit im Rat bzw. politische Tätigkeiten im Interesse unserer Wähler verwenden“. Unser Ratsvertreter hat verschiedene übliche Privilegien wie „Ehren“- Karten für Kultureinrichtungen, Messen, Ausstellungen, Sportereignisse mit einer öffentlichen Erklärung zurückgegeben. Außerdem legt unser Ratsvertreter Patrik Köbele jedes Jahr seine Einnahmen und damit getätigte Ausgaben öffentlich vor.

2. Unseres Erachtens sollte neben einem internen Korruptionsbeauftragten auch ein externer und unabhängiger „Ombudsmann“ bestellt oder ein technisches System mit der gleichen Zielsetzung installiert werden, mit dem auch anonyme Hinweise entgegen genommen und verwertet werden können.

Ja X Nein

3. Die freihändige Vergabe und die beschränkte Ausschreibung ohne vorherigen Teilnahmewettbewerb sollen auf Ausnahmen beschränkt und sorgfältig dokumentiert werden. Bei freiberuflichen Leistungen (Berater, Gutachter, Planungsbüros) ist ein hinreichender Wettbewerb sicherzustellen.

Ja X Nein

Unsere Vertreter in den Ausschüssen achten darauf, dass in dieser Form gehandelt wird. Außerdem haben wir beantragt, dass soziale wie auch umweltbezogene Aspekte bei der freihändigen Vergabe und der beschränkten Ausschreibung benannt werden wie Tariftreue und zumindest die erklärten Mindestlöhne und dass die Auftragsvergabe öffentlich, z.B. im Internet, dokumentiert wird.

4. Die Leitungsfunktionen der städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen aufgrund transparenter Anforderungskriterien durch öffentliche Ausschreibung und mit Hilfe professioneller Auswahlverfahren besetzt werden.

Ja X Nein

Das halten wir für besonders wichtig, da wir immer wieder erleben, dass die großen Parteien eine „Versorgungsmentalität“ für ehemalige Spitzenfunktionäre verfolgen durch Zuschancen von Leitungsfunktionen in städtischen Beteiligungsgesellschaften.

5. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Vorstände / die Geschäftsführungen in den städtischen Beteiligungsunternehmen Programme und Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption einführen, die den heutigen Standards von „Risiko-Management“ entsprechen.

Ja X Nein

Mit unserer Beteiligung hat die Ratsfraktion DieLinke/DKP/AUF einen Kodex gefordert, der die Transparenz der Beteiligungsgesellschaften durch mehr Öffentlichkeit erhöht, die Gemeinwohlorientierung stärkt und moralische und ethische Richtlinien festschreibt. Der Public Corporate Governance Kodex wurde im Rat beschlossen und stellt eine Handlungsempfehlung für gute Unternehmensführung für die Geschäftsführungen und Aufsichtsräte der Essener Beteiligungen dar.

6. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Personen, die auf schwerwiegende Gesetzesverstöße hinweisen, keine dienst- bzw. arbeitsrechtlichen Nachteile erleiden.

Ja X

Nein